

## **Netzwerk für Steuergerechtigkeit ruft die Bundesregierung zum Kampf gegen Steueroasen auf**

Berlin, 20.02.2008

Anlässlich des Besuchs von Liechtensteins Staatschef Otmar Hasler in Berlin fordert das Netzwerk für Steuergerechtigkeit die Bundesregierung zu konsequenten Maßnahmen auf, um dieses Steuerschlupfloch zu schließen. Das internationale Netzwerk begrüßt zugleich die Ankündigung der Bundesregierung, Steuerhinterzieher ohne Ansehen der Person wie andere Kriminelle auch zu verfolgen.

Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung muss sich sowohl auf Nachfrage- als auch die Angebotsseite richten, also die Steuerhinterzieher hierzulande ebenso wie die Steueroasen – und dabei handelt es sich längst nicht nur um Liechtenstein. Das scheint die Bundesregierung nicht unbedingt so zu sehen, erklärte doch der Sprecher des Bundesfinanzministeriums, Torsten Albig, auf der Regierungspressekonferenz am Montag: „Das Problem sind nicht die Möglichkeiten in Liechtenstein, sondern das Problem ist die kriminelle Energie deutscher Steuerhinterzieher.“ Eine solch verengte Sicht ist nach Auffassung des Netzwerks für Steuergerechtigkeit grob fahrlässig.

Systeme wie die des Fürstentums Liechtenstein schaden nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Welt. Milliarden von Dollar wurden nicht zuletzt auch aus Entwicklungsländern nach Liechtenstein geschleust. Kapitalflucht entzieht diesen Staaten dringend benötigte Einnahmen für Investitionen in ihre soziale und physische Infrastruktur. Die britische Entwicklungsorganisation Oxfam hat in einer viel beachteten Studie die Steuerausfälle, die den Entwicklungsländern durch Kapitalflucht und Steuervermeidung der Konzerne entstehen auf jährlich 50 Mrd. Dollar geschätzt.

Liechtenstein spielte auch eine unrühmliche Rolle in der Affäre um den französischen Mineralölkonzern Elf, der von dort mit Hilfe von Bestechungsgeldern seine Interessen in Afrika sicherte und umgekehrt Gelder aus Afrika dorthin abgezogen haben soll. Derzeitigen Ermittlungen zufolge sollen amerikanische Ölkonzerne Liechtensteiner Stiftungen für Bestechungsgelder im Zusammenhang mit lukrativen Förderlizenzen in Kasachstan benutzt haben. Solche Fälle sind nur die Spitze des Eisbergs. Denn dank der Verschwiegenheit Liechtensteins, wo Steuerhinterziehung nicht einmal ein Straftatbestand ist, sondern nur eine Ordnungswidrigkeit, werden entsprechende Informationen nur äußerst selten an die Öffentlichkeit gebracht. Die Tatsache, dass dies im Fall Zumwinkel und Co. nur dem Geheimdienst und auch nur mit Hilfe dubioser Methoden gelang und nicht etwa den Finanzbehörden, spricht für sich.

„Es ist eine Schande für die internationale Gemeinschaft, dass sie sich von einigen winzigen Länder und Territorien auf der Nase herumtanzen lässt, zum Schaden der normalen Steuerzahler. Die Steuerhinterziehung, die diese Länder ermöglichen, ist nichts anderes als Diebstahl öffentlichen Eigentums“, sagte der Direktor des Internationalen Netzwerks für Steuergerechtigkeit in London, John Christensen.

Die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung von Steueroasen sind zahnlose Tiger, so die Kritik des Netzwerks für Steuergerechtigkeit. So hat EU durch ihre Zinsrichtlinie zwar einen kleinen Fortschritt gemacht. Doch wie der Fall Zumwinkel zeigt, ist die Richtlinie unzureichend, da sie beispielsweise Stiftungen überhaupt nicht erfasst und da sie die Steueroasen nicht zur Mitteilung über die Zinserträge ausländischer Bürger an deren Heimatland zwingt.

Es ist begrüßenswert, dass die Bundesregierung jetzt offenbar zumindest auf Liechtenstein Druck ausüben will. Doch zahlreiche andere Piratenstaaten stehen bereit, das Fluchtkapital bei sich aufzunehmen. Deshalb fordert das Netzwerk für Steuergerechtigkeit die Bundesregierung auf, möglichst zusammen mit ihren Partnern in EU und OECD – notfalls aber auch im Alleingang – durch politischen Druck und die Androhung von Sanktionen das Problem endlich an der Wurzel anzugehen.

**Für Rückfragen: Sven Giegold, 0163/595 7590, [giegold@attac.de](mailto:giegold@attac.de)**

**Das Netzwerk für Steuergerechtigkeit Deutschland ist ein Zusammenschluss von Gewerkschaften, kirchlichen Verbänden, Einzelpersonen und Attac. Es ist Teil des International Tax Justice Network ([www.taxjustice.net](http://www.taxjustice.net)), einem Netz von Steuerexperten und Initiativen weltweit.**